

PRESSEMITTEILUNG BUNDESSCHÜLER*INNENKONFERENZ

Wer Schüler*innen nicht zuhört, wird sie auf der Straße sehen!

Berlin, 15. Oktober 2026 – Die Bundesschüler*innenkonferenz (BSK) solidarisiert sich mit den französischen Schüler*innen und den friedlichen Protestformen. Die aktuellen Entwicklungen machen deutlich, wie dringend Investitionen in eine gerechte, gesunde und zukunfts-sichere Bildungslandschaft sind - in Frankreich ebenso wie in Deutschland.

Die BSK verfolgt die Proteste von Schüler*innen in Frankreich mit großer Aufmerksamkeit. Schüler*innen, Lehrkräfte, Eltern und weitere Unterstützer*innen machen dort auf zentrale Missstände aufmerksam: fehlende Lehrkräfte, zu große Klassen und dringend sanierungsbedürftige Schulgebäude. Diese Probleme betreffen nicht nur Frankreich, sondern sind oft auch an deutschen Schulen zu bemängeln.

“Wir wissen seit Jahren, dass unser Bildungssystem unter einem erheblichen Investitionsstau leidet. Dabei ist klar: Investition in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Während Schüler*innen in kaputten Schulen Unterrichtsausfall erfahren, werden ihre Forderungen nach Mitbestimmung, guter Bildung und Zukunftssicherheit politisch ignoriert.” sagt Amy Kirchhoff, Generalsekretärin der Bundesschüler*innenkonferenz.

Die schlechten Bedingungen in Schulen tragen auch zu der Krise der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen bei. Seit Jahren, insbesondere seit der Covid-19-Pandemie, verschlechtert sich die mentale Gesundheit von Schüler*innen. Sie leiden unter Druck, fühlen sich allein und haben Angst vor der Zukunft.

“Die Sorgen und Ängste von Schüler*innen müssen endlich ernst genommen werden. Statt immer neue Anforderungen an junge Menschen zu stellen, muss die Politik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie gut und gesund lernen können. Dazu zählt in erster Linie die Investition in sie und damit in Bildung.” so Kirchhoff weiter.

Auch in Deutschland besteht dringender Handlungsbedarf. Die BSK fordert bessere personelle, strukturelle und inhaltliche Rahmenbedingungen für Schulen.

Dazu gehören multiprofessionelle Teams, mehr Gesamtschulen oder eine stärkere politische Bildung. Ziel muss es sein, allen Schüler*innen unabhängig von ihren Voraussetzungen gute Bildung und echte Teilhabe zu ermöglichen.

Berlin den 15.10.2026

Die BSK setzt sich für ein demokratisches, friedliches und gewaltfreies Auseinandersetzen mit den aktuellen Problemen ein. Gewalt lehnen wir grundsätzlich ab. Einzelne Vorfälle im Zusammenhang mit den Protesten in Frankreich bewertet die BSK nicht pauschal, solange die verfügbaren Informationen zu den jeweiligen Umständen und Verantwortlichkeiten keine verlässliche Einordnung ermöglichen.

“Bildung muss endlich Priorität werden. Dafür braucht es konkrete Entscheidungen und eine zeitnahe, enge Zusammenarbeit zwischen Betroffenen und Politik. Wir erwarten, dass die Anliegen junger Menschen nicht nur angehört, sondern bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Nur mit der jungen Generation, kann die Zukunft unseres Landes sichergestellt werden.” schließt Kirchhoff.